

Europawahl

Lieber den Deckel draufhalten

Vor den Europawahlen führen "Pro-Europäer" einen Kampf für "mehr Europa". Was sie damit meinen, verschweigen sie. Selbst über existenzielle Fragen von Leben und Tod wollen sie nicht diskutieren und inszenieren lieber Scheingefechte.

Ein Gastbeitrag von **Wolfgang Streeck**

27. März 2019 / DIE ZEIT Nr. 14/2019, 28. März 2019

EXKLUSIV FÜR ABONNENTEN



*"Europa ist die Antwort" - heißt es allerorts. Nur: Wie lautet die Frage?
Und wer steckt dahinter? © Oriana Fenwick für DIE ZEIT*

"Europa ist die Antwort" – so der Slogan der SPD zur Wahl des Europäischen Parlaments [<https://www.zeit.de/thema/europawahl>]. Aber was ist die Frage? Und welches Europa? Wissen kann man, um was für ein Parlament es geht: eins ohne gesetzgeberisches Initiativrecht (das liegt beim Europäischen Rat), ohne Hoheit über die Verfassung (die besteht aus unglaublich komplexen, selbst für Spezialisten nahezu unlesbaren zwischenstaatlichen Verträgen sowie aus Schlüsselentscheidungen des Europäischen Gerichtshofs) und ohne die Möglichkeit, die Regierung zu wählen oder abzuwählen (die ebenfalls aus dem Europäischen Rat besteht; Exekutive und Legislative in einem – das gibt es noch, oder schon wieder). Während ein Parlament, das seinen Namen verdient, seine Rechte und die der

Regierung selbst bestimmt, werden sie hier von der Regierung begründet und begrenzt. Kein Wunder, dass die Briten, Erfinder der parlamentarischen Demokratie, so etwas nie ernst nehmen konnten.

Warum dann die Aufregung? Ebenso wie es im Parlament der EU keine regierende Mehrheit gibt, gibt es dort auch keine Opposition. Die Repräsentanten der sogenannten Euroskeptiker, gerne auch "Anti-Europäer", haben in der Alltagsarbeit des Parlaments keine Rolle; auch deshalb hört man von ihnen nichts. Seit Jahrzehnten wird das Unionsparlament von einer großen Koalition kontrolliert, die sich als Lobby für eine Verlagerung von Kompetenzen aus den Mitgliedsstaaten nach "Europa" versteht, zu ebendem demokratisch defizitären Institutionensystem, von dem das Parlament ein Teil ist. Auch weil es nichts zu wählen gab, ging die Wahlbeteiligung von Mal zu Mal zurück. Um den Trend zu stoppen, präsentierten sich 2014 die Führer der beiden zentristischen Blöcke, Juncker und Schulz, alte Freunde seit Jahrzehnten, als konkurrierende "Spitzenkandidaten" für die Position des Präsidenten der EU-Kommission – die zu besetzen dem Rat der Staats- und Regierungschefs zusteht. Dass sie nicht erklären konnten, worüber sie nicht einig waren, und dass in den meisten Ländern ihr Wahlkampf nicht einmal bemerkt wurde, machte ihnen nichts aus. So blieb die Wahlbeteiligung niedrig, bei 42,6 Prozent, von denen ein Drittel für Kandidaten stimmte, die bei den "Pro-Europäern" als "Anti-Europäer" gelten. Juncker, für dessen Block 13 Prozent der Wahlberechtigten gestimmt hatten, die ihm 30 Prozent der Sitze bescherten, erklärte sich zum Sieger, obwohl er 53 Sitze verloren hatte. Schulz, mit 25 Prozent der Sitze, unterstützte seine Präsidentschaft und verlangte im Gegenzug für sich die Vizepräsidentschaft, die ihm von Merkel verweigert wurde. Im Bundestagswahlkampf 2017 sah man sich dann wieder; Schulz verlor, und sein Ende kam, als er danach wieder Vize werden wollte, diesmal von Merkel.

Heute aber, so hören wir, ist alles anders, und die Europawahl ist erstmals eine Schicksalswahl. Heute heißen die "Anti-Europäer", links wie rechts, "Populisten", auch wenn sie nur wissen wollen, wie genau der "immer engere Zusammenschluss der europäischen Völker" aussehen soll. Sie müssen draußen gehalten werden; nicht mehr Juncker gegen Schulz, sondern Gut gegen Böse. Dasselbe Parlament, dessen Amtszeit im Mai endet, beschäftigt teure Werbeagenturen, um die Wähler dazu zu bringen, sich durch ihre Stimmabgabe gegen die "Populisten" und damit für "mehr Europa" zu bekennen, auf dem Konkretionsniveau von Pulse of Europe.

"Europa", genauer "mehr Europa", "ist die Antwort" – und zwar, wenn man den "Pro-Europäern" zuhört, auf alles und jedes: Migration, Klimawandel, Trump, Putin, den Aufstieg Chinas, Terrorismus, Steuerflucht, die Kriege in Syrien, der Ukraine und anderswo, die wirtschaftliche Stagnation, die wachsende Ungleichheit, das Abgleiten des Mittelmeerraums, Nationalismus und Neoliberalismus, deregulierte



[<https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2019/14>]

Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 14/2019. Hier können Sie die gesamte Ausgabe lesen.

[<https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2019/14>]

Arbeitsmärkte und den Konflikt zwischen supranationaler Währung und nationaler politischer Souveränität. Erinnerungen kommen auf an einen Sakropop-Song der 1980er-Jahre: *Jesus Is the Answer*. Anders als bei Jesus sollte freilich die Frage erlaubt sein, welcher Natur ein solches Wunderwesen sein mag – zentralisierter Super- und Einheitsstaat, deutsch-französisches Imperium, Brüsseler Technokratie zur Ersetzung nationaler Demokratie à la Menasse, Freihandelszone, "variable Geometrie", "Europa à la carte", eine Kollektion von Vater- beziehungsweise Mutterländern oder ein einheitliches Staatsvolk? Gehört Großbritannien dazu? Die Türkei? Moldawien? Armenien? Die EU, wie sie leibt und lebt, mit oder ohne Währungsunion, oder eine "Neugründung Europas", wie von Macron in unvorsichtigen Momenten gefordert? Aber wer darauf hofft, dass dies kontrovers und folgenreich zur Sprache kommt, wird mit Brecht schon vor der Vorstellung resigniert feststellen müssen: "Wir stehen selbst enttäuscht und sehn betroffen / Den Vorhang zu und alle Fragen offen".

Eine europäische Öffentlichkeit, in der europäische Politik über innenpolitische Freund- und Feinderklärungen hinaus entschieden werden könnte, gibt es nicht. Die SPD, so lässt sie wissen, "kämpft" in der Europawahl, wie schon vor fünf Jahren, für ein "soziales Europa", insbesondere "einen europäischen Mindestlohn und eine europäische Sozialversicherung", dafür, "dass faire Löhne überall in Europa gezahlt werden", und womöglich auch für eine "europäische Arbeitslosenversicherung". Die CDU ist dagegen, aber das macht nichts, weil überhaupt nicht die geringste Aussicht darauf besteht, dass irgendetwas dieser Art im Rahmen der Verträge und des Binnenmarktes bewerkstelligt werden könnte, mit Mitgliedsstaaten von Skandinavien bis zum Balkan und unter den Restriktionen der Gemeinschaftswährung, ganz egal, wie die "Wahlen" ausgehen. Ein Scheingefecht wie Juncker gegen Schulz, inszeniert zur Ablenkung der Abzulenkenden.

WOLFGANG STREECK

Der Soziologe Wolfgang Streeck, 72, war von 1995 bis 2014 Direktor des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung.

Noch schlechter ergeht es in dieser eigenartigen Vorwahlzeit den "großen Fragen". Hier sollen die Wähler Blankoschecks ausstellen, für "mehr Europa", bezogen auf Konten, die sie dann selbst zu füllen haben werden. Mehr ginge auch nicht, weil es hier endgültig um unterschiedliche nationale Interessen geht, deren elektorale Behandlung Wählerschaft und Parlament spalten statt integrieren müsste. Bezeichnend ist, wie in Deutschland der merkwürdige europaweite Wahlauftritt des französischen Präsidenten verarbeitet wurde. So vieles könnte anhand seiner diskutiert werden: die Post-Brexit-Ambitionen Frankreichs und der Machtverlust Deutschlands und insbesondere Merkels

gegenüber dem "kerneuropäischen" französischen Partner oder die Überlebensangst eines innenpolitisch am Abgrund stehenden Staatschefs, der sich durch Internationalisierung seiner selbst ("ein souveränes Frankreich in einem souveränen Europa") an den eigenen Haaren aus seinem selbst verschuldeten Sumpf zu ziehen versucht. Noch vor Kurzem schien nichts wichtiger für "Europa" als ein gemeinsamer Haushalt der Euro-Zone, in unbestimmter, jedenfalls aber beträchtlicher Höhe, für unbestimmte, jedenfalls aber die europäische Wirtschaft neu auf Trab bringende Investitionen. Der internationalistischen deutschen Halblinken war dies eine "Vision", die unbedingt einer "konstruktiven Antwort" bedurfte. Jetzt auf einmal soll es auch ohne Euro-Haushalt gehen? Oder kommt das nach der Wahl zurück, nachdem man den Kindern vor dem Fest vorsorglich verschwiegen hat, was gefeiert werden soll? Man weiß es nicht, und der angebliche europäische Schicksalswahlkampf, polarisiert zwischen einem unbestimmten Pro und einem verteufelten Anti, wird uns hier nicht schlauer machen.

Die Illusion eines integrierten Europa

Ebenso wenig ist zu hören über die sogenannte europäische Armee, noch kürzlich gefordert [<https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/aufruf-fuer-ein-solidarisches-europa-machen-wir-ernst-mit-dem-willen-unseres-grundgesetzes-jetzt/23204984.html?ticket=ST-418456-m0lrwah9fC3UB0xXcJcC-ap2>] von dem Philosophen Habermas zusammen mit dem Geldverwalter Merz und dem Geldvernichter Koch. Gegen wen soll sie kämpfen und wofür? Für die "europäische Lebensweise" – oder mit AKK: "den European Way of Life" – gegen Russland und China? Für freien Welthandel – "Sicherung der Handelswege" – gegen Trump? Für ungehinderten Zugang Frankreichs und seiner Konzerne zu den Mineralien und seltenen Erden im postkolonialen Westafrika? Gleich zwei Elefanten füllen den Raum: die französischen Nuklearwaffen und das deutsche Versprechen, die nationalen Rüstungsausgaben auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung zu erhöhen, also nahezu zu verdoppeln. Was die Force de Frappe angeht, so hat erst Mitte Februar der französische Generalstabschef ungewöhnlich öffentlich wissen lassen, dass die französische nukleare Abschreckung "nicht teilbar" sei, jetzt und in Zukunft. Wer traut sich zu fragen, wie im Ernstfall das Zusammenspiel zwischen europäischer Armee – die ja nach der bevorstehenden deutschen Aufrüstung eine überwiegend deutsche Armee wäre – und französischer nuklearer Souveränität aussehen soll?

Auch über die deutschen Rüstungspläne selbst fragt und hört man nichts wirklich. Die Bundeswehr braucht endlich ordentliches Gerät – zum Beispiel ein schönes neues Segelschulschiff –, und Trump und die Nato müssen ruhiggestellt werden. Dabei ist die tatsächliche Bedeutung der Zwei-Prozent-Zusage keine transatlantische, sondern eine europäische. 2017 gab Deutschland 36,6 Milliarden Euro für militärische Zwecke aus, was 1,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und 11,1 Prozent des

Bundeshaushalts entsprach. Hätten die Rüstungsausgaben wie versprochen bei zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, gleich 66 Milliarden Euro, gelegen, so hätten sie rund 20 Prozent des Bundeshaushalts, also ebenfalls fast das Doppelte, ausgemacht. Offenkundig sollte sein, dass eine Erhöhung des Rüstungsetats von dieser Größenordnung nichts Geringeres erforderlich machen würde als einen fundamentalen Umbau der deutschen Staatsfinanzen. Wie sollen dann die versprochenen zusätzlichen Ausgaben für "Europa", Euro-Zonen-Haushalt oder nicht, die zunehmende Steuerfinanzierung der sozialen Sicherung in Deutschland und die überfällige Sanierung der deutschen Infrastruktur finanziert werden? Kein Thema für einen Europa-, wohl aber für einen deutschen Wahlkampf.

Anders die, zur Beförderung von "mehr Europa", unterstellten Aggressionsabsichten Russlands, entsprechend der amerikanischen Übertragung des sowjetischen Feindbilds unter den Clintons und Obama auf das postsowjetische Russland. Ausgeblendet bleibt, dass die russischen Militärausgaben 2017 zwar bei 3,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts lagen, absolut aber lediglich 45,6 Milliarden US-Dollar betragen, also nicht viel mehr als die deutschen 1,1 Prozent, die 41,7 Milliarden Dollar entsprachen. Vermutlich wegen der sinkenden Öl- und Gaseinnahmen gehen die russischen Militärausgaben im Übrigen derzeit zurück und sollen laut Etatplanung 2020 nur noch 2,6 Prozent des russischen Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Selbst wenn sich dies nicht bewahrheiten sollte, wären beim gegenwärtigen Stand auf zwei Prozent erhöhte deutsche Rüstungsausgaben etwa 40 Prozent (!) höher als die russischen.

Liegt das Festhalten am Zwei-Prozent-Ziel der Nato in irgendeinem deutschen, im Unterschied zu einem amerikanischen, "europäischen" oder französischen Interesse? Schon die Frage gilt als unpassend, würde sie doch "den Populisten in die Hände spielen" – auch wenn Deutschland mit nahezu verdoppelten Rüstungsausgaben schon für sich genommen Russland konventionell (denn eine deutsche Atomwaffe wollen wir ja nicht?) so überlegen wäre, dass dort ein weiterer Ausbau der nationalen Nuklearbewaffnung als alternativlos erscheinen müsste. Tatsächlich wird an diesem ja bereits gearbeitet. Wenn die deutsche Politik dennoch an den neuen Hochrüstungsplänen festhält, dann wohl, weil ein aufgerüstetes Deutschland, selbst wenn die zwei Prozent am Ende nicht ganz erreicht werden, die Staaten an der östlichen Peripherie der Europäischen Union fester an das westeuropäische Zentrum binden könnte. Ebenfalls gefestigt würde die Allianz mit Frankreich, das schon heute die magischen zwei Prozent ausgibt, einen erheblichen Teil davon allerdings für seine Atomwaffen abzweigen muss.

Für die von Macron geforderte europäische "strategische Kultur" könnte dies bedeuten, dass Deutschland die französischen Bodentruppen in Westafrika, wo sie so vor- wie vergeblich zur Bekämpfung islamistischer "Terroristen" eingesetzt werden,

zu verstärken oder zu ersetzen hätte. AKK zufolge soll allerdings ein Teil des frischen Geldes für einen "europäischen" Flugzeugträger spendiert werden – ein *toy for the boy* im Élysée-Palast, ein Schwesterschiff zur *Charles de Gaulle*? Man wüsste zu gern, wer dieses teuerste aller Rüstungsgüter (konservativ geschätzt: vier Milliarden Euro) kommandieren, wo es kreuzen und welche Bewaffnung es mit sich führen soll. Handelt es sich um einen Ausgleich für das verweigerte Euro-Zonen-Budget? Oder um eine fahrlässige Vorleistung auf die heiß ersehnte und ebenso heiß abgelehnte "Europäisierung" des französischen Sitzes im Weltsicherheitsrat?

Ein europäischer Wahlkampf über die Gestalt des zukünftigen Europa würde die Illusion eines integrierten Europa zerstören. Deshalb vor allem wird das nun bevorstehende Spektakel so trivial bleiben, wie es sich abzeichnet. Über vitale nationale Interessen wie Leben und Tod muss international verhandelt und kann nicht supranational abgestimmt werden. Wenn Europa die "Einbeziehung des Anderen" verlangt, muss es ja nicht zugleich die Ausbeziehung des Eigenen erfordern.